

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 25. Mai 2020

Erneut fand die Sitzung des Gemeinderats unter Beachtung der Abstandsregeln in der Aurainhalle statt.

1. Abwägungs- und Satzungsbeschluss des Bebauungsplans „Beim Steeg, 1. Änderung“

Mit Beschluss vom 18.11.2019 wurde die Verwaltung beauftragt, den Bebauungsplan „Beim Steeg, 1. Änderung“ aufzustellen und das beschleunigte Verfahren nach § 13 a BauGB durchzuführen. Mit dem gleichzeitig gefassten Entwurfsbeschluss der Bebauungsplanunterlagen und dem Beschluss zur förmlichen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange, wurde um Abgabe einer Stellungnahme vom 23.01.2019 bis einschließlich 24.02.2019 gebeten. Die Beteiligung der Öffentlichkeit fand zeitgleich im Rahmen einer Auslegung der Unterlagen im Rathaus der Gemeinde Amstetten statt. Zusätzlich konnten gemäß § 4a Abs.4 BauGB die Bebauungsplanunterlagen über die Homepage der Gemeindeverwaltung Amstetten bezogen werden.

Im Rahmen der förmlichen Beteiligung wurden Hinweise und Anregungen vorgetragen, die eine Ergänzung der Bebauungsplanunterlagen zur Folge hatten. Diese Ergänzungen führten nicht zu einer erneuten Auslegung. In Folge der ordnungsgemäß bekannt gemachten öffentlichen Auslegung wurden seitens von Privatpersonen keine Stellungnahmen oder Anregungen vorgebracht.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. die Abwägung der vorgebrachten Anregungen und Einwendungen im Rahmen der Beteiligung vom 23.01.2020 bis 24.02.2020 gemäß Abwägungsprotokoll, erstellt von der VTG Straub Ingenieurgesellschaft mbH Donzdorf sowie die Ergänzung der Unterlagen in diesem Sinne.
2. die Bebauungsplanunterlagen „Beim Steeg, 1. Änderung“ - im Sinne der Vorschläge des Abwägungsprotokolls geändert - bestehend aus
 - a. dem zeichnerischen Teil im Maßstab 1: 500, Datum 06.05.2020, gefertigt von VTG Straub
 - b. dem Textteil, Datum 06.05.2020, gefertigt von VTG Straub, und
 - c. der Begründung, Datum 06.05.2020, gefertigt von VTG Straubals Satzung.
3. die Verwaltung mit der öffentlichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zu beauftragen.

2. Abwägungs- und Satzungsbeschluss der Einbeziehungssatzung „Schalkstetten-Talstraße, Flurstück 62“

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 27.01.2020 die Aufstellung, Auslegung und Trägerbeteiligung der Einbeziehungssatzung beschlossen, um eine zweites Wohnhaus am Betriebsstandort zu ermöglichen. Zwischenzeitlich wurden Pläne öffentlich ausgelegt (keine Stellungnahme) und 14 Träger öffentlicher Belange beteiligt. Während die meisten Behörden keine Anregungen, Bedenken oder Hinweise vorgebracht haben, wurden vom RP Freiburg, vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis sowie vom Landesamt für Denkmalpflege Stellungnahmen mit Anregungen abgegeben. Als Folge davon wurden die Hinweise zu Geotechnik und Grundwasser erweitert bzw. aufgenommen. Das flächenhafte Pflanzgebot wurde auch in den zeichnerischen Teil der Satzung eingetragen. Der Hinweis des Vermessungsamts wegen Durchfahrt auf Hinterliegergrundstücke wurde überprüft, aber nicht aufgenommen. Der Hinweis des Landesdenkmalamts zu einer Denkmalverdachtsfläche wird aufgegriffen. Das Gebiet liegt auf zwei Denkmalverdachtsflächen: „Siedlungsreste der Völkerwanderungszeit, der Merowingerzeit und des Mittelalters; vorgeschichtliche Keramikfunde“ sowie der historischen „Siedlung Schalkstetten“.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. die Abwägung der vorgebrachten Anregungen und Einwendungen im Rahmen der Be-teiligung vom 13.02.2020 bis 17.03.2020 gemäß beiliegender Abwägungstabelle, er-stellt vom Stadtplanungsbüro BoPlan, Mozartstraße 12, 71083 Herrenberg sowie die Ergänzung der Unterlagen in diesem Sinne.
2. die Einbeziehungssatzung „Schalkstetten - Talstraße, Flurstück 62“ - im Sinne der Vorschläge der Abwägungstabelle geändert - bestehend aus
 - a. der Einbeziehungssatzung - Textliche Festsetzungen vom 25.05.2020 (Stadt-planungsbüro BoPlan)
 - b. der Einbeziehungssatzung - Zeichnerische Festsetzungen im Maßstab 1:500 mit Legende vom 25.05.2020 (Stadtplanungsbüro BoPlan) und
 - c. der Begründung zur Einbeziehungssatzung vom 25.05.2020 (Stadtplanungsbüro BoPlan)
3. die Verwaltung mit der öffentlichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zu beauftragen

3. Jahresbericht Gemeindebücherei

Büchereileiterin Frau Iris Schneider stellt den Bericht vor. Die Benutzerzahlen seien zwischen 2013 und 2019 von 925 auf 1.303 gestiegen. Insbesondere die Zahl der „Onleihe“ habe sich zwischen 2016 und 2019 von 808 auf 1.718 deutlich erhöht. 2018 sei ein leichter Anstieg der Onleihe-Nutzer erkennbar gewesen, 2019 sei dieser sprunghaft erfolgt. Dabei sei die Zahl der physischen Ausleihvorgänge von 12.302 im Jahr 2013 auf 11.839 im Jahr 2019 gesunken. Die Ausgaben für Erwerbungen beliefen sich im Jahr 2019 auf insgesamt 16.117 €. 2019 haben 27 Veranstaltungen für rund 630 Kinder und Erwachsene stattgefunden. Darunter 8 Beratungsstunden, 5 Klassenführungen, 3 Autorenlesungen, 4 Kindertheater, 2 Kindergartenbesuche, 3 Vorlesestunden, 1 Spielevormittag und 1 Beitrag beim Aja-Kaffe. Zudem habe es eine Kooperation mit Schulen und Kindergärten gegeben. Hierzu gehörten thematisch abgestimmte Bücherkisten, eine Lesestunde außerhalb der Öffnungszeiten, Unterstützung der Sprachförderkräfte im Kindergarten sowie Vorlesestunden im Kindergarten. Seit 2019 mache man Werbung bei den Neubürgern mittels eines Flyers, zudem sei der Eingang zur Gemeindebücherei beschriftet worden. Vom Land habe man 250 € Förderung erhalten. 2020 wird ein Einbruch bei den aktiven Nutzern sowie bei den Ausleihzahlen erwartet. Die Schließzeit sei durch einen Lieferservice überbrückt worden. Ältere sowie Kinder seien abhängig vom Zugang zu Bildung und Information. Eventuell können zusätzlich Aktionen für Grundschulkinder angeboten werden. Der Lieferservice soll auf-rechterhalten werden.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4. Annahme von Spenden

Kämmerer Beutel erläutert, dass über insgesamt vier Spenden entschieden werden müsse:

Nr.	Zuwender	Datum	Zweck	Betrag
1	Sparkasse/Bürgerstiftung	19.12.2019	je 100,00€ für Kindergärten	300,00 €
2	Sparkasse/Bürgerstiftung	19.12.2019	Nachbarschaftshilfe	300,00 €
3	Albwerk (AR050149)	26.02.2020	Renov. Bahnhof Schalkst.	200,00 €
4	Scharpf, Birgit	30.03.2020	AJA, u. Jugendfeuerwehr	102,00 €

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Annahme der in der Sitzung dargestellten Zuwendungen.

5. Sachstandsbericht Corona in Amstetten

Bürgermeister Raab berichtet: Die Zahl der Infizierten steige landesweit nicht mehr so schnell wie die der Genesenen. Im Alb-Donau-Kreis sei die Entwicklung ähnlich. Leider enthalte der Bericht keine Zahl der Genesenen auf Landkreisebene. Der Anstieg der Infektionen sei in den letzten Tagen nur marginal gewesen. In den letzten 7 Tagen seien es nur 9 Leute gewesen.

Am Freitag, 13.03. sei vom Land die Schulschließung zum 17. März beschlossen worden. Die Gemeinde Amstetten habe daraufhin eine Allgemeinverfügung erlassen, einen Elternbrief versandt und das Rathaus geschlossen. Seit 27.04. gelte eine Maskenpflicht im ÖPNV und Geschäften.

Die Kindergärten seien seit dem 17.03. geschlossen. Die Gemeinde habe umgehend eine Notbetreuung im Kindergarten Zentrum eingerichtet. Man habe mit zwei Kindern begonnen. Der Kriterienkatalog des Landes hinsichtlich kritischer Infrastruktur sei immer weiter verfeinert und am 27.04. stark ergänzt und die Notbetreuung für einen erweiterten Personenkreis geöffnet worden. Ab 18.05.2020 sollte der Kindergartenbetrieb mit einer Zielgröße von 50 % Belegung wieder sukzessiv anlaufen. Dieser Wert orientiere sich an der Betriebserlaubnis, d.h. 50 % der zulässigen Gruppengrößen. Das Kinderhaus Sandrain bietet einen Nachmittag für die Maxi-Kinder an um den Ausstieg aus dem Kindergartenalltag zu erleichtern. Für den Kindergarten Zentrum werde eine Lösung erarbeitet. Problem sei momentan noch die große Zahl an Maxi-Kindern. Mittlerweile gebe es Vorgaben zu Personal mit Vorerkrankungen. Deshalb können momentan 6 Erzieherinnen keinen Dienst am Kind leisten. Das Land hatte bereits im Vorfeld eine Ausfallquote von 40 % angenommen. Ausschlaggebend seien die Altersgrenze und Vorerkrankung.

Der Schulbereich sei vom Kultusministerium besser organisiert worden. In der Gemeinschaftsschule Lonetal und der Grundschule Schalkstetten habe man eine Notbetreuung ein-gerichtet. Momentan wird diese in den Schulen noch nicht sehr stark angenommen. In Amstetten sind es 6 Kinder. Letzte Woche haben die Prüfungen begonnen, es haben sich keine Kinder abgemeldet. Die Belastung für die Schülerinnen und Schüler sei aufgrund des großen Spannungsbogens sehr hoch. Wie sich die Infektionen entwickeln sei nicht absehbar gewesen.

Der Vorsitzende spricht ein Lob an die Vereine aus. Diese hätten schnell reagiert. Die Schließanlage in den Hallen habe Herr Raab austauschen lassen, da sich Personen in den Hallen aufgehalten hatten. Die Spielplätze seien bereits ab 17.03. per Allgemeinverfügung geschlossen worden. Das Land habe am 18.03. nachgezogen. Die Leute hielten sich im Großen und Ganzen an die Verbot. Bei den Sportanlagen erwische er immer mal wieder jemanden. Bußgelder seien aber bislang keine erlassen worden.

Am Montag, 16.03. habe es eine Dienstbesprechung im Rathaus gegeben. Es sei entschieden worden, das Rathaus ab 17.03. zu schließen, das Bürgerbüro aber weiter zu bespielen. Hierfür sei eine Plexiglasscheibe in der Durchreiche des Windfangs angebracht und erlassen, dass sich immer nur eine Person im Warteraum aufhalten darf. Zudem seien die Reinigungspläne im Rathaus angepasst worden. Lange Zeit sei unklar gewesen wie es weitergehe. In einigen Landkreisen habe sich Landratsamt mit den Gemeinden auf eine einheitliche Handhabung verständigt. Dies sei im Alb-Donau-Kreis unterblieben. Am 20.04. habe es im Rahmen einer Personalversammlung eine Abstimmung gegeben, in der sich die Mehrheit der Belegschaft für eine Öffnung entschieden habe. Diese sei schrittweise erfolgt. Ab 27.04. habe man vorab Termine vereinbaren können, seit 04.05. sei das Rathaus nach Anbringen entsprechender Schutzvorrichtungen wieder geöffnet. Zudem sei eine Maskenpflicht für Besucherinnen und Besucher des Rathauses verfügt worden. Von 18.03. bis 19.04. habe man ein rollierendes System bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgesetzt, damit eine Infektion nicht das komplette Rathaus außer Gefecht setzt. Man habe

erkannt, dass es großen Nachholbedarf bei der Technik gibt. Diese liege auch an den geltenden Rechtsvorschriften. So sei eine Videokonferenz zwar möglich, der Landesdatenschutzbeauftragte habe aber lediglich ein Verfahren zugelassen.

Bei der ersten Coronaverordnung seien noch Veranstaltungen mit bis zu 100 Personen möglich gewesen. Durch die Allgemeinverfügung der Gemeinde sei diese Personenzahl auf 50 reduziert worden. Ab 21.03 gelte eine Grenze von 5 Personen.

Gaststätten dienen nicht nur der Versorgung mit Essen, sondern sind auch ein Teil des sozialen Lebens. Ab 17.03. seien die Betriebszeiten eingeschränkt worden. Ab 21.03. erfolgte die Schließung, ausgenommen Abholung und Lieferservice. Seit 18.05. sei der Betrieb unter verschärften Bedingungen wieder möglich. Die Gaststätten hätten mit erheblichen Umsatz-einbußen zu kämpfen, einige hätten aufgrund der Beschränkungen gar nicht erst wieder geöffnet.

Ab 17.03. seien bis auf einige Ausnahmen wie Lebensmittelmärkte die Verkaufsstellen des Einzelhandels geschlossen worden. In Amstetten habe der Großteil der Geschäfte offen bleiben können.

Der Gemeinderat habe 3 öffentliche und 2 nichtöffentliche Beschlüsse im Wege von Umlaufbeschlüssen gefasst. In der Zwischenzeit habe sich die Gemeindeordnung geändert. Diese Änderungen könnten einerseits interessant sein, andererseits zu Misstrauen führen. Eine Tagung per Videotelefonie sei neuerdings möglich, allerdings muss die Gemeinde einen Raum zur Verfügung stellen in dem man sich den Stream anschauen kann. Das Problem sei, dass sich der Gemeinderat nicht treffen dürfe, die Bürgerinnen und Bürger sich aber in einem Raum treffen müssten.

Man habe versucht die Bevölkerung über die Homepage und das Amtsblatt mit aktuellen Informationen zu versorgen. Hierfür sei auf der Website eine eigene Unterrubrik erstellt worden. Generell sei es aufgrund des großen Informationsangebots schwierig, wichtige von unwichtigen Infos zu trennen.

Die Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen seien unmöglich vorherzusagen. Ein minimaler Rückgang der Gewerbesteuer sei bereits merklich, aber die Auswirkungen werden sich versetzt bemerkbar machen. Die Auswirkungen für die nächsten 2-3 Jahre seien unkalkulierbar. Die Gemeinde könne zwar nicht insolvent werden, mit 10. Bis 15 % Einbußen müsste man aber rechnen. Die Frage sei wie das Land den Finanzausgleich verteilt. Dass der Finanzausgleich eingefroren wird könne er sich nicht vorstellen. Ein positiver Effekt sei allerdings, dass man nun perspektivische Entscheidungen treffen könne. Man müsse darüber nachdenken, ob man auf dem richtigen Weg sei und was man anpassen könne. Er könne sich vorstellen, dass noch vor der Sommerpause das Thema konkret angestoßen werde. Man könne frühestens in einem Jahr die Auswirkungen seriös absehen. Man habe aber auch Minderausgaben. So müssten der Frankreichausflug und der Rathausstock ausfallen.

Ein Gemeinderat führt aus, dass das Thema Corona alle betreffe und jeder Mühe habe den Überblick zu bewahren was man darf oder nicht darf. Hier habe jeder eine eigene Verantwortung. Ihm sei wichtig, dass die Vereine Unterstützung und Rückendeckung von der Gemeinde erhalten würden. Bürgermeister Raab sagt zu auf die Vereine und Gruppen zuzugehen.

Ein Gemeinderat stellt fest, dass aktuell viele Leute die Paketdienste nutzen, Entsprechend viele Kartonagen und Altpapier fälle an, d.h. die Container seien. Voll. Er schlägt vor evtl. weitere Container bereitzustellen. Er fragt nach wann die nächste Altpapiersammlung stattfindet. Der Vorsitzende teilt mit, dass das Thema Zusatzcontainer intern besprochen

werde. Zur Altpapiersammlung werde es zeitnah eine Information geben. Aus Sicht des Infektionsschutzes spreche nichts dagegen.

Eine Gemeinderätin fragt nach welcher Mindestabstand bei Musikkapellen gelte. Laut einem Radiobericht seien es bei Blasinstrumenten 16 m. Herr Raab teilt mit, dass der Abstand laut neuer Coronaverordnung 1,5 betrage.

6. Bekanntgaben und Verschiedenes

Ortsbaumeister Werner stellt das Bautagebuch vor. Es seien 10 weitere Baugesuche eingegangen. Nahezu alle aus dem Neubaugebiet Wasserfall. Eines aus der Alten Gärtnerei, eines aus Amstetten Dorf (Anbau an einen Schuppen). Ansonsten Neubau von Wohnhäusern mit Garagen.

Herr Werner teilt mit, dass es Beschwerden aus dem Wohngebiet Aurain gegeben habe, dass der Bauverkehr dort durchführe. Wahrscheinlich seien die Navis nicht mehr up to date. Die Bauherren seien auf den Sachverhalt hingewiesen worden.

Weiterhin führt Herr Werner aus, dass die Anbindung der Schüler vom Wohngebiet Wasserfall an die Schule über einen Geh- und Radweg in Richtung Bergstraße, Indus erfolge. Der Weg sei entsprechend ausgeschildert. Hier gebe es Beschwerden, dass manche mit dem Auto durchfahren würden. Es handle sich bei der Regelung ausdrücklich nicht um ein bloßes Gebot, sondern eindeutig um ein Verbot für Kraftfahrzeuge. Es wäre ungut wenn man wieder einen Pfosten anbringen müsse.

Außerdem habe man auf dem Gemeindegebiet (B10, Lonetalstraße etc.) Tempowarner angebracht. Es gebe zwar erste Auswertungen, diese seien aber noch nicht abschließend präsentationsreif. Leider zeige sich schon jetzt, dass viele deutlich zu schnell anfahren und erst bei der Tafel abbremsen.

Bürgermeister Raab teilt mit, dass der Landrat ein Schreiben bzgl. des Bahnhalts in Amstetten geschickt habe. Es habe eine Telefonkonferenz zwischen Herrn Scheffold und Verkehrsminister Herrmann gegeben. Hierbei sei u.a. die Thematik Regionalhalt angesprochen worden. Der Gemeinde sei in Aussicht gestellt worden, dass ab 2022 unter bestimmten Bedingungen evtl. wieder ein Regionalhalt realisiert werde.

Herr Raab teilt mit, dass letzte Woche die Abnahme des neuen Radwegs nach Reutti erfolgt sei. Leider habe man auch hier wieder mit einem Poller arbeiten müssen. Auch der Alte Ettlenschießler Weg werde von Unbefugten befahren. Er könne nur jeden auffordern, sich an die Regeln zu halten und dort nicht zu fahren.

7. Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Gemeinderat bemängelt, dass auch der neue Radweg in Richtung Geislingen rege mit Autos befahren werde. Ebenso würden sich viele am Materiallagerplatz des Bauhofs bedienen.

Herr Raab bittet darum ein Bild mit Kennzeichen zu schicken wenn so etwas beobachtet wird. Man würde dann Anzeige erstatten. Auch wenn es nur Sand sei, handle es sich um Diebstahl.

Herr Werner teilt mit, dass der Lagerplatz lediglich temporär sei und wieder zurückgebaut werde.

Ein Gemeinderat fragt nach wie die Belagssanierung in der Unteren Wiesenstraße/Uhlandstraße umgesetzt werde. Er befürchtet, dass Anwohner ihre Häuser nicht mehr anfahren könnten.

Herr Werner teilt mit, dass der Baubeginn noch nicht feststehe, die Anwohner aber durch Wurfzettel rechtzeitig informiert würden, ihre Fahrzeuge woanders zu parken. Die Arbeiten würden nur recht kurz andauern.

Ein Gemeinderat fragt hinsichtlich des Kulturhauses „Alte Schule“ in Amstetten Dorf nach. Die Vorhänge seien bestellt, aber noch nicht aufgehängt. Auch hinsichtlich der Beschriftung sei noch nichts passiert. Herr Holl teilt mit, dass er bereits Kontakt mit der Firma und dem Architekten aufgenommen habe und die Thematik zeitnah geklärt werde. Für Vorschläge seitens des Gremiums hinsichtlich der Beschriftung sei man offen.

Ein Gemeinderat stellt den Antrag, dass die Helfer vor Ort den Stellplatz in der Tiefgarage kostenfrei nutzen dürfen. Sofern aus rechtlichen Gründen Gebühren verlangt werden müssten beantragt er einen Zuschuss in gleicher Höhe. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein Antrag von mindestens einem Sechstel der Gemeinderäte gestellt werden müsse. Alternativ könne der Betroffene, in diesem Fall der Leiter der Helfer vor Ort einen Antrag bei der Gemeinde stellen.

Bürgermeister Johannes Raab beendet die öffentliche Sitzung um 19.55 Uhr.